

**Rede
des Fraktionsvorsitzenden**

Stefan Politze, MdL

zu TOP Nr. 3

**Abgabe einer Regierungserklärung durch den
Ministerpräsidenten mit dem Titel „Volkswagen im Wandel -
Verantwortung für Beschäftigung, Standorte und industrielle
Zukunft“**

Unterrichtung - Drs. 19/11443

während der Plenarsitzung vom 09.09.2026
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Lechner, zwei solche verbalen Entgleisungen in einer so wichtigen Debatte aus der größten Oppositionsfraktion - das ist schon beachtlich.

Die Riesenbaustelle ist nicht der Ministerpräsident - das sind Sie, Herr Lechner!

Dass Sie es zulassen, dass aus Ihren Reihen - durch Herrn Dorendorf - die Mitbestimmung verächtlich gemacht wird, zeugt davon, dass Ihr Verständnis von Industriepolitik im 19. Jahrhundert stecken geblieben ist und Sie nichts von Sozialpartnerschaft halten.

Und dass Sie dann noch eines draufsetzen! Ich zitiere mal, was Sie gerade vorgetragen haben: Die persönliche Nähe habe dazu geführt, dass notwendige Entscheidungen nicht getroffen wurden.

Das ist ein unglaublicher Schlag ins Gesicht der IG Metall und der Gewerkschafter vor Ort. Für eine solche Äußerung sollten Sie sich schämen, Herr Lechner!

Und wenn Sie die Frage stellen, wer auf Betriebs-versammlungen und zu Betriebsräten spricht, dann sollten Sie mal bemühen, was Ihre eigene Bundeskanzlerin 2008 gemacht hat: Angela Merkel hat auch auf einer Betriebsversammlung geredet. Das scheinen Sie vergessen zu haben. Oder aber Sie können sich nicht mehr daran erinnern, Herr Lechner.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! VW ist Niedersachsen, und VW ist Teil unserer Identität in Niedersachsen - besonders an den Standorten, an denen Werke stehen, aber auch dar-über hinaus. Doch gerade in Emden, Osnabrück und Hannover hat man in den letzten Wochen so einiges durchgemacht, allen voran die Beschäftigten, die immer wieder neue Hilfsbotschaften lesen mussten, die immer wieder verunsichert wurden und die, seien wir ehrlich, auch in der Öffentlichkeit immer wieder gesagt bekommen haben: Sie verdienen zu viel, sie arbeiten zu wenig, und sie leisten nicht genug. Allenthalben wird über den Tarifvertrag bei Volkswagen geschimpft, die Beschäftigten zu Unrecht als überbezahlt dargestellt, und bei Einsparmaßnahmen wird sofort nur über Personal diskutiert und nicht über andere Maßnahmen. Das kann es nicht sein, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Deswegen möchte ich gleich zu Beginn meiner Aus-führung unmissverständlich klarstellen: Die Beschäftigten bei VW sind gut ausgebildet, haben über Jahrzehnte den Erfolg des Konzerns mit gesichert, haben trotz allem bereits in den letzten Jahren - das war auch schon Thema der Debatte - für sie selbst schmerzhaft Einschnitte im Konzern mitgetragen - und machen weiterhin einen hervorragenden Job. Dafür danken wir Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie als Beschäftigte haben sich nichts vorzuwerfen. Die Beschäftigten von Volkswagen verdienen Verlässlichkeit und verantwortliches Handeln.

Lassen Sie mich noch einmal kurz auf die Vorgänge der letzten Wochen zurückblicken. Es ist zeitweise wirklich ein unwürdiges Spiel gewesen, das in der Öffentlichkeit gespielt worden ist: Da wird im Manager-Magazin unter Berufung auf Insiderkreise ein-fach eine sechsstellige Zahl an Arbeitsplätzen bei Volkswagen infrage gestellt. Niemand lässt sich zitieren, keiner äußert sich offiziell. Anstatt eine Einordnung vorzunehmen und die in hohem Maße entstandene Verunsicherung abzubauen, greift der Vorstand nicht ein. Stattdessen werden diese Pläne nach und nach von immer mehr Medien aufgenommen und weitergesponnen. Interne Vorstandspapiere bekommen Füße und landen in zahlreichen Redaktionsbüros im ganzen Land.

Und was macht der Vorstand? Er schweigt! Am Ende wirkt es so, als habe man einfach mal einen Stein ins Wasser werfen wollen, um zu schauen, wie hoch die Wellen schlagen. Ich frage Sie: Geht man so mit dem größten deutschen Automobilkonzern um? Geht man so mit Hunderttausenden Beschäftigten um? Geht man so mit Anteilseignern um, meine sehr geehrten Damen und Herren? Kurzum: Beginnt man eine solche Debatte mit einem Kommunikationsdesaster, das seinesgleichen sucht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin ganz ehrlich: Ich habe es vorher nicht für möglich gehalten, dass der Vorstand von Volkswagen eine für den ei-genen Konzern derart schädliche Vorgehensweise an den Tag legen würde, wissend, dass diese Hunderttausenden von Beschäftigten voller Furcht auf die Konzernspitze schauen, wissend, dass mindestens das Land Niedersachsen als Anteilseigner mit besonderen Rechten kopfschüttelnd auf solche Pläne reagieren muss, wissend, dass das Handeln des eigenen Konzerns geopolitische Auswirkungen hat, weil internationale Mitbewerber, Banken und mögliche Kunden ebenfalls öffentliche Diskussionen in Deutschland verfolgen. Und das alles noch vor dem Hintergrund der gemeinsamen Geschichte des Landes Niedersachsen und Volkswagen, auf die ich vorhin eingegangen bin! Das geht überhaupt nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist nicht hinnehmbar.

Bei solchen Debatten wie denen in den letzten Wochen gewinnt am Ende hier vor Ort niemand etwas - weder Volkswagen noch seine Beschäftigten, nicht das Land und auch nicht die Anteilseigner. Bei uns in Niedersachsen hängen laut der letzten Studie von IW Consult über 300.000 Arbeitsplätze mittelbar oder unmittelbar mit der Automobilindustrie zusammen. Das allein sind knapp 8 Prozent der Beschäftigten in unserem Bundesland.

Ich bin unserem Ministerpräsidenten Olaf Lies und Julia Hamburg sehr dankbar, dass sie die aktuellen Auseinandersetzungen zur strategischen Ausrichtung des Konzerns zum Anlass einer Regierungserklärung hier im Parlament genommen haben. Es ist

nämlich vor allem diesen beiden zu verdanken - auch wenn Sie sich vorhin darüber lustig gemacht haben, welchen Beruf man vorher hatte oder aus welchem Ressort man kommt -, dass wir letzte Woche zum ersten Mal nach acht Monaten des Gezerres einen Durchbruch mit einer Einigung erzielen konnten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Die Landesregierung hat durch immer wieder neue Einladungen an die Beteiligten, durch kreative Vorschläge, aber auch durch klare Erwartungen dafür gesorgt, dass der Gesprächsfaden immer wieder aufgenommen werden konnte und wir nun eine Perspektive für den Volkswagen-Konzern haben.

Der Investigativjournalist Martin Murphy von Correctiv hat es letzte Woche so auf den Punkt gebracht. „Nach der Vorstandssitzung am Dienstag standen die Zeichen auf Eskalation. Dann kam die Zeit von Niedersachsens Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) und Aufsichtsratschef Hans-Dieter Pötsch.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer sich in den letzten Tagen mit Insidern unterhalten und in der Presse gelesen hat, der weiß: Jede Initiative ging von Olaf Lies und Julia Hamburg aus - und auch von Herrn Pötsch. Es gab in den Wochen vor der entscheidenden Aufsichtsratssitzung keinerlei Anstalten des Vorstands, hier initiativ zu werden. Im Gegenteil: Es gab starke Bewegungen innerhalb der Führung von Volkswagen, das alles gegen die Wand laufen zu lassen und zu eskalieren. Insofern, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist das ein Meisterstück unseres Ministerpräsidenten und der stellvertretenden Ministerpräsidentin, und dafür danken wir Ihnen beiden!

Sie haben im Übrigen in den letzten Wochen und Monaten ebenso deutlich gezeigt, dass Sie Seite an Seite mit den Beschäftigten stehen und um jeden Arbeitsplatz kämpfen, nicht zuletzt durch die gemeinsamen Werksbesuche in Osnabrück, Hannover und Emden sowie die klaren Botschaften, die daraus hervorgegangen sind. Und ebenso deutlich haben Sie die gesamte Zeit dafür geworben, im Konzern zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Lieber Herr Ministerpräsident, liebe stellvertretende Ministerpräsidentin, auch in dieser Hinsicht danken wir Ihnen sehr herzlich für diese klare Haltung und den Einsatz!

Selbstverständlich ist dabei, dass die Einigung nicht das Ende des Gesprächsfadens ist, sondern Verpflichtung für alle Beteiligten, besonders für den Vorstand von Volkswagen, ihn auszubauen.

Und mit Verlaub, sehr geehrter Herr Kollege Lechner: Wenn Sie hier wohlfeil Erwartungen in Richtung Landesregierung formulieren - die unser Minister-präsident, nebenbei bemerkt, schon längst erfüllt hat -, dann müssen Sie sich selbst auch Fragen gefallen lassen. Also, ich fand Ihren Hinweis mit Herrn Wulff und Herrn McAllister schon spannend. Denn die beiden haben den Dieselgate-Verantwortlichen der nächsten Landesregierung überlassen.

Ihre Ministerpräsidenten haben dafür Sorge getragen, dass Dieselgate möglich war. Und der Schuldige war weiterhin im Unternehmen!

2013 lag direkt davor, bevor es 2015 aufgedeckt worden ist.

Und wo sind Sie in dieser Debatte? Sie haben in Ihrer Rede immer wieder das Thema Brückentechnologie bemüht. Die ist nicht verboten, und die war nie verboten - aber sie ist eine Brückentechnologie. An dieser Stelle ist auch nichts verschlafen worden, sehr geehrter Herr Kollege Lechner.

Und wo waren Sie, außer bei der Einladung in Osnabrück, bei den Werksbesuchen von Volkswagen? Ich habe Sie da nicht gesehen. Wo ist der Schulterschluss von Ihnen mit den Beschäftigten? Wollen Sie ihn nicht? Ich habe ihn nicht wahrgenommen.

Ihr zaghafter Appell an die Bundeswirtschaftsministerin von eben dürfte nicht ausreichend sein.

Vielleicht liegt es aber auch an Ihrer Durchsetzungsfähigkeit in der Bundesregierung, wo die niedersächsische Sicht offensichtlich nicht so sehr gefragt ist.

Das Einzige, was wir von Ihnen wahrnehmen, sind Kommentare aus dem Off in Richtung Landesregierung, zuletzt wieder im Magazin Rundblick. Das, was Sie da von sich gegeben haben, ist nur eines: Es ist empathielos und kalt gegenüber Beschäftigten.

Sie hätten sich Ihren hannoverschen CDU-Kollegen und Parteifreund Peter Karst zum Vorbild nehmen können. Sie hätten sich mit ihm austauschen sollen, denn er hat laut Bericht der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom Montag einen ganz anderen Tonfall angeschlagen und Solidarität mit den Beschäftigten eingefordert.

Bei seiner eigenen Fraktion im Landtag scheint er offensichtlich auf taube Ohren zu stoßen. Das finde ich sehr bedauerlich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

„Volkswagen ist viel mehr als nur die Summe von betriebswirtschaftlichen Kennzahlen“, hat unser Ministerpräsident gesagt. Ich finde, das trifft den Nagel auf den Kopf. Warum gibt es eigentlich ein eigenes VW-Gesetz, und warum regelt es insbesondere die Rolle des Landes Niedersachsen als Anteilseigner? Die Antwort darauf liegt auf der Hand: Die Geschichte und der Aufstieg des Landes Niedersachsen sind unzertrennbar mit der Entwicklung von Volkswagen verbunden. Der Chefhistoriker von VW, Dieter Landenberger, hat zum historischen Auftrag von Volkswagen in seinem Beitrag zu „75 Jahre Niedersachsen“ Folgendes geschrieben:

„Neben dem Bedarf an Transportfahrzeugen für Besatzungsaufgaben stand dahinter auch das Ziel, die Bevölkerung in der Region mit Arbeit, Nahrungsmitteln und

Wohnraum zu versorgen sowie durch ökonomische Unabhängigkeit eine Basis für eine funktionierende Demokratie zu erlangen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon hier ist zu sehen, dass die Genese des VW-Konzerns nicht die eines x-beliebigen Unternehmens ist. Volkswagen hat in besonderem Maße eine Verantwortung als Arbeitgeber unserem Bundesland. Wenn man dieses Zitat richtig liest und es auch versteht, und wenn man diese Verantwortung aus der eigenen Geschichte heraus - ja sogar vom eigenen Konzernhistoriker vor nicht allzu langer Zeit niedergeschrieben - ernst nimmt, dann kann man nicht so mit Beschäftigten umspringen, wie das in den letzten Wochen passiert ist, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Diese Idee, Volkswagen eine bestimmte Aufgabe zu geben, war letztlich auch der Ausgangspunkt für das spätere VW-Gesetz, das die in den ersten fast 15 Nachkriegsjahren ständig und immer wieder debattierte Eigentumsfrage gelöst hat. Und die Eigentumsfrage ist bis heute entscheidend, denn in ihr steckt nicht weniger als die historische Verantwortung des Konzerns, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Das Werk in Wolfsburg wurde 1938 mit öffentlichem Geld erbaut - teilweise mit Steuergeld, teilweise mit Geld, das die Nazis durch Zerschlagung unter anderem auch den Gewerkschaften im Dritten Reich unrechtmäßig entzogen hatten.

Wer also am VW-Gesetz vorbeimöchte, es relativiert oder gar infrage stellt, der stellt die Leistung des Konzerns und seine besondere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und den Arbeitnehmern infrage, und das ist nicht hinnehmbar.

Ohne das VW-Gesetz hätten wir in der jetzigen Situation wahrscheinlich immer noch keinen neuen Gesprächsfaden, meine sehr geehrten Damen und Herren; dem sollte sich jeder in dieser Debatte bewusst sein. Darum gilt nach wie vor: Hände weg vom VW-Gesetz!

Ich hoffe, dieser kleine geschichtliche Exkurs hilft dem einen oder der anderen, der oder die sich in der letzten Zeit kritisch über die Struktur in Bezug auf VW geäußert hat, zu verstehen, warum die Dinge so organisiert sind, wie sie organisiert sind.

Gerade bei der Einigung in den letzten Wochen ist noch einmal deutlich geworden, dass es sehr wohl eine Zukunft für die VW-Werke in Niedersachsen gibt, und das auch dank des VW-Gesetzes, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Entgegen Ihrer Behauptung, Herr Lechner, hat unser Ministerpräsident hierfür schon einige Vorschläge gemacht und sich auch an Lösungen beteiligt. Die Übernahme und damit die Absicherung des Werkes in Osnabrück durch Aurelius und durch das Land ist das beste Beispiel für eine aktive Wirtschaftspolitik die für die Menschen da ist und um ihre Arbeitsplätze kämpft. So schafft man Vertrauen.

Oder schauen wir auf das Beispiel Hannover: Hannover ist die Heimat des Bulli. Hier ist das Know-how, hier sind die Fachkräfte, und hier ist der Ursprung. Genau deshalb gehört er da auch wieder hin. Meine Damen und Herren, der Bulli ist ein hannoversches Original, das weiß jeder. Der Bulli gehört zu Hannover!

Das ist nicht die Lösung für Hannover, aber es ist ein wichtiger Teil der Lösung für Hannover.

Darüber hinaus ist man hier beim Thema „autonomes Fahren“ schon sehr weit und ein europäischer Führer in dieser Technologie. Das muss man nutzen, das muss man weiter ausbauen. Im Übrigen hat dieses Werk auch schon erhebliche Einsparkennzahlen geliefert - im dreistelligen Millionenbereich bis 2028. Warum soll man nicht daran anknüpfen und hier vor Ort einen bewährten Standort weiterentwickeln?

Ein anderes Beispiel ist die Produktion für das Militär. Auch da könnte man weiter nachdenken. Auch in dieser Hinsicht ist das Potenzial riesengroß, denn wie Sie alle wissen, geht es am Standort Hannover seit jeher um Nutzfahrzeuge. Wir alle wissen, dass gerade dafür in den kommenden Jahren sehr viel investiert werden wird.

Oder schauen wir nach Emden: Emden hat im Quervergleich eine enorme Expertise im Bau von Elektrofahrzeugen. Die ID-Modelle sind dort bestens aufgehoben. Das muss auch weiter so erfolgen.

Warum sollte man sich das nicht zunutze machen und die eigenen Werke damit auslasten? Liebe Kolleginnen und Kollegen, das erschließt sich mir nicht.

Es liegen also viele Vorschläge auf dem Tisch, die man einfach prüfen, umsetzen und einer Lösung zuführen muss. Was jetzt passieren muss, ist, dass der Vorstand von VW zugreift und diese Ideen in tragfähige Konzepte für die Werke weiterentwickelt. Ich sage im Namen meiner Fraktion ganz klar: Genau das erwarten wir auch vom Vorstand, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Entscheidend für die Zukunftsperspektive von VW ist aus unserer Sicht Folgendes: Wenn man in schwierigem Fahrwasser ist, muss man geschickt manövrieren - und nicht die gesamte Mannschaft über Bord schmeißen. Für uns als Sozialdemokraten galt vorher und gilt auch noch jetzt ganz klar, ohne Wenn und Aber: keine Sanierung des Konzerns ausschließlich auf dem Rücken der Beschäftigten, sondern mit den Beschäftigten!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir dürfen dabei nicht vergessen: Seit dem Beschluss des Niedersächsischen Landtags vom 6. November 2024 haben Volkswagen und der Gesamtbetriebsrat so-wie die IG Metall mit der Vereinbarung „Zukunft Volkswagen“ weitreichende Maßnahmen zur Senkung der Kosten und zur Neuordnung der Produktionskapazitäten vereinbart. Teil dieser Vereinbarung waren

unter anderem Zusagen der Belegschaft, zum Beispiel auf Tarifierhöhungen zu verzichten. Im Gegenzug wurden der Erhalt und die Perspektive für Standorte zugesichert. Das ist gerade mal zwei Jahre her, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können hier heute in aller Klarheit feststellen: Die Beschäftigten leisten damit bereits einen erheblichen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Unternehmens.

Wir alle wissen aber auch, dass die Gesamtgemengelage für die Automobilindustrie in Deutschland nicht leicht ist. Das kann man nicht zur Seite wischen. Damit ist VW auch nicht alleine.

Ich möchte an dieser Stelle auch deutlich benennen, dass aus unserer Sicht als SPD im Landtag eine klare Vorstellung und Unterstützung der Bundesregierung für die Automobilindustrie elementar ist. Ebenso deutlich sage ich, dass Bundeswirtschaftsministerin Reiche genau dieses vermissen lässt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Von ihr kommen keine Vorschläge. Vielleicht können Sie sich da doch mal nützlich machen, Herr Kollege Lechner, insbesondere auch, was die Gasknappheit anbelangt, denn auch da gibt es keine Antworten von Frau Reiche. Sie sollte eigentlich Vorkämpferin für die Industrie in Deutschland sein. Das ist sie aber leider nicht.

Wo ist ihre Unterstützung bei der Sicherung der VW-Standorte in Deutschland? Da herrscht nur Schweigen im Walde. Das ist zu wenig.

Ich sage es hier ganz deutlich: Das ist ein Schritt, den wir uns schon vor einigen Aufsichtsratssitzungen gewünscht hätten, dass wir uns genau auf diesen Weg machen, sehr geehrter Herr Kollege Lechner. Herr Blume als Konzernchef und auch die an-deren Vorstandsmitglieder sind berufen worden, um die Zukunft des Konzerns zu entwickeln und ihn nicht abzuwickeln. Dieser Aufgabe müssen sie im Moment gerecht werden.

Eine besondere Verantwortung kommt dieser Tage allerdings nicht nur dem Vorstand der Volkswagen AG zu. Sie liegt auch bei den Eigentümerfamilien, den anderen Anteilseignern und den weiteren Aktionären. Wenn man ehrlich mit dem Thema umgehen möchte, muss man auch über die Renditeerwartungen der Aktionäre und der Anteilseigner reden. Der Ministerpräsident hat das vorhin gemacht.

Natürlich muss der Konzern Rendite erwirtschaften. Rendite bedeutet am Ende auch, dass Geld für Investitionen vorhanden ist. Das ist wichtig, um den Volkswagen-Standort weiterentwickeln zu können - vor allem dann, wenn Konkurrenten mit hohen Subventionen verlustreiche Modelle in den Markt pressen und sich mit absurden Zöllen abschotten. Dann ist zumindest vorübergehend eine strategische Positionierung im Markt wichtiger, als am Ende eine hohe Rendite erzielen zu wollen.

Dafür hat unser Ministerpräsident ausreichend Modelle und Ideen genannt, damit die weltweiten Verzerrungen endlich aufhören.

Wir haben ungewöhnliche Zeiten. In diesen ungewöhnlichen Zeiten müssen alle bereit sein, ihren Beitrag zu leisten, auch die Vorstände und auch die Aktionäre. Diese Debatte gehört auf jeden Fall mit auf den Tisch.

Volkswagen braucht genau das, was der Ministerpräsident eingefordert hat: eine zukunftsste Strategie mit innovativen und vor allen Dingen bezahlbaren Produkten. Schaut man auf die aktuellen Entwicklungen, beispielsweise bei den Modellen der Kernmarke Volkswagen, dann sieht man sofort, dass es funktioniert, wenn man es möchte. Das beste Beispiel ist der ID.Polo. Am vergangenen Wochenende war die offizielle Markteinführung in den Autohäusern. Viele haben daraus ein Familienfest gemacht. Viele Bestellungen sind ausgelöst worden. Das Interesse ist groß, das Potenzial ist groß, auch mit Lob für dieses Modell wurde nicht gespart. Die Fachmagazine berichten schon über Zehntausende von Vorbestellungen. Die Kritiker preisen das Fahrzeug an. Das Magazin *electrifycar* berichtet, dass der ID.Polo schon jetzt Platz eins der Stadtautos und Kleinwagen erobert hat. Und die Batterien dazu werden in Satzgitter produziert. Was wollen wir eigentlich noch mehr, meine sehr geehrten Damen und Herren?

Natürlich ist mir bewusst, dass jeder Einstieg in den Markt schwer ist und zunächst viele Investitionen verlangt, wodurch es rechnerisch länger dauert, bis die Gewinne für das Unternehmen wieder aufwachsen. Aber Volkswagen ist in der Lage, diesen Prozess zum Erfolg zu führen - mit der traditionellen starken Mitbestimmung und der aktiven Rolle des Landes Niedersachsen, die über das VW-Gesetz festgeschrieben worden ist.

Im Übrigen, weil von mancher Seite die Elektromobilität bis heute relativiert wird: Die Nachfrage nach vollelektrischen Fahrzeugen von Volkswagen entwickelt sich insbesondere in Europa auch über den ID.Polo hinaus insgesamt weiter positiv. Es ist also überhaupt nicht hilfreich, die Herstellung von Elektrofahrzeugen von der Seitenlinie aus infrage zu stellen. VW kann und wird damit erfolgreich sein. Wenn der Vorstand sich auf das besinnt, was diesen Konzern auszeichnet, wird es auch gelingen.

Empfehlen würden wir auch in diesem Zusammenhang, sich ein Beispiel an unserem Ministerpräsidenten zu nehmen. Er hat bereits in der Vergangenheit die Meyer-Werft gerettet und hatte auch dafür Ideen, wie man das auf den Weg bringen kann - gemeinsam mit der Bundesregierung, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen. Er hat auch jetzt wieder Lösungen vorgeschlagen und durch seinen enormen Einsatz die Perspektive für Zukunft von Volkswagen und seine Standorte geschaffen.

Darüber hinaus noch einmal in aller Deutlichkeit: Olaf Lies und Julia Willie Hamburg sind die Einzigen, die sich auch jetzt wieder seit Monaten um eine Lösung bemühen,

die eingeladen haben, Vor-schläge gemacht haben und immer wieder dafür gesorgt haben, dass Sicherheit in diese Debatte kommt. Deswegen handeln sie sehr verantwortlich für das Land und für VW, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich möchte meine Ausführungen mit einer Erfolgs-formel schließen, die der frühere Vorsitzende des Gesamt- und Konzernbetriebsrats von Volkswagen, Bernd Osterloh, in seinem Vortrag „Volkswagen als gesellschaftlicher Akteur“ benannt hat. Er sagte: „Es gibt wohl kein Unternehmen in Deutschland, das so sehr Inkarnation von sozialer Marktwirtschaft und Wirtschaftswunder ist wie Volkswagen. Es gibt wohl keine anderen Autos, die so sehr mit individueller Mobilität - auch der kleinen Leute - verbunden sind wie Golf und Käfer. Es gibt wohl keinen anderen Arbeitgeber, der so sehr für Fairness im Umgang mit seinen Beschäftigten steht, wie unser Unternehmen. Und es gibt die bei Volkswagen besonders gut ausgebaute Mitbestimmung. Volkswagen ist nicht nur ein besonderes Unternehmen, weil wir mit dem Käfer, dem Golf und dem Bulli die Mobilität demokratisiert haben. Volkswagen hat auch seit Jahrzehnten eine einzigartige Kultur der Konsultation und Beteiligung, die weltweit zu einem weiteren wichtigen Markenzeichen von uns geworden ist.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Auf-gabe des Konzernvorstands ist es jetzt, diese Erfolgsformel auf die Zukunft zu übertragen. Deshalb noch einmal in aller Deutlichkeit: Mitbestimmung und das VW-Gesetz gehören entscheidend zur DNA von Volkswagen. Beschäftigte sollten motiviert und nicht demotiviert werden. Die Werksstandorte in Deutschland müssen auch über 2030 hinaus gesichert werden. Das VW-Gesetz als elementarer Bestandteil der Erfolgsgeschichte des Konzerns muss erhalten bleiben. Die nun getroffene Vereinbarung muss erfüllt werden. Genau so stehen alle Seiten, besonders aber der Vorstand, in der Verantwortung, dies alles zum Erfolg zu führen. Darauf wird es ankommen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.